

TOP 5

**"Allgemeinverbindlicher Mindestlohn für Briefdienstleistungen muss sein -
Bundesrat muss seiner Verantwortung gerecht werden"**

in Verbindung mit

**"Landesregierung muss im Bundesrat dem Mindestlohn für
Postdienstleistungen zustimmen"**

Rede des stellvertretenden Vorsitzenden
der SPD-Landtagsfraktion Rainer Schmeltzer MdL

anlässlich
der Plenarsitzung am 19. Dezember 2007

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

"Arbeiterführer Rüttgers knickt ein" so titelte die Frankfurter Rundschau am 13.12.07. Und weiter "Der große Sozialflüsterer aus dem Rheinland bleibt diesmal stumm" Bezeichnend für die Politik der Landesregierung. Bezeichnend dafür, dass der kleine Partner wieder einmal mit dem Arbeiterführer wedelt.

Am 05.12.07 noch hörte ich morgens auf dem Weg nach Düsseldorf im WDR 2 den Arbeitsminister Laumann. Auszüge will ich Ihnen nicht vorenthalten

" Der Druck, dass man akzeptiert, dass man nur niedrige Löhne zahlt, nur weil man damit Arbeit organisiert, der Druck ist für die Arbeitnehmerschaft eine Vorstellung, die wird am Ende dazu führen, dass wir in der Arbeitnehmerschaft unseren Wohlstand verlieren."

oder:

"Aber es ist auf der einen Seite so, dass in der sozialen Marktwirtschaft der Wettbewerb doch über Qualität, über Innovation, über Vertrauen stattfinden soll, aber nicht über die Frage, wer den billigsten Anbieter findet."

Genau!

Und deshalb ist die Begründung der Landesregierung zur Enthaltung in dieser Woche im Bundesrat ja fadenscheinig.

Sie sagen, sie hätten eine gemeinsame Position gefunden, die da lautet: Wettbewerb würde unterdrückt!

Herr Laumann - waren sie nicht anwesend in dieser Kabinettsitzung? Haben Sie die Inhalte aus dem WDR2-Interview nicht auch ebenso im Kabinett vertreten?

Oder ist es vielmehr so, dass auf Druck der allgewaltigen FDP nur schnell eine Begründung zur Enthaltung gefunden werden musste.

Dann hätte man lieber öffentlich zwei unterschiedliche Positionen kundgetan und mitgeteilt:

Uneinigkeit - Koalitionskarte. Stattdessen lavieren Sie und schauspielern die große Einigkeit. Dem Sozialschauspieler Rüttgers folgt die Laienschauspielschar 'Wir haben uns alle lieb'.

Diese Truppe hat es geschafft die Bundeskanzlerin Merkel zu dúpieren, aber auch einen ihrer Solisten, den NRW-Arbeitsminister und CDA-Bundesvorsitzenden Laumann.

Anders ist es auch nicht zu erklären, dass Arbeitsminister Laumann am Mittwoch den 12.12.07 zu keiner Stellungnahme bereit war.

Und dass der Minister düpiert worden ist, zeigt ja auch das Verhalten des CDU-Fraktionsvorsitzenden, der es vorzog bei der Abstimmung im Koalitionsausschuss nicht mehr anwesend zu sein. Gestern machte er seinen Groll über den Beschluss der Koalition dann auch öffentlich. Er lobte den Berliner Kompromiss und zeigte sich offen für weitere Mindestlöhne. Herr Stahl, Sie sind uns willkommen.

Anrede,

Wer sich jetzt gegen Mindestlöhne stellt, nimmt in Kauf, dass Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung als Bittsteller ergänzend auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Das ist Subventionierung von Arbeit aus Steuergeldern zu Gunsten von unternehmerischen Hasardeuren, die Menschen zu Dumpinglöhnen beschäftigen. Diese Unternehmer verfolgen ein Geschäftsmodell, das auf Dumpinglöhnen basiert.

Und das, nachdem der Arbeitsminister hier im Haus - exakt vor zwei Monaten - erklärt hat "Ich will, dass dieser Tarifvertrag in das Entsendegesetz aufgenommen wird und die Regelungen so schafft, wie sie vereinbart worden sind."

Herr Laumann - ihre Stellungnahmen zum Entsendegesetz ehren sie, weil sie richtig sind.

Aber in Ihrer Regierung scheint ihre Fachmeinung keinen Pfifferling wert zu sein. Das bedauere ich an dieser Stelle.

Bevor Sie gleich mit "Ihren" Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von der Niederlage im Koalitionsausschuss ablenken wollen, sei Ihnen folgendes zur Richtigstellung gesagt:

Ja - Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sind ein gutes Instrument für die Länder und den Bund.

Ja - Allgemeinverbindlichkeitserklärungen hat es sehr wohl auch schon vor Karl-Josef Laumann in NRW gegeben.

Ja - Allgemeinverbindlichkeitserklärungen im Wach- und Sicherheitsgewerbe und auch im Hotel- und Gaststättengewerbe hat es auch schon vor Karl-Josef Laumann gegeben. Das ist das übliche Geschäft eines Arbeitsministers.

Aber zu Ihren Bemerkungen im Bäcker- und Friseurhandwerk sei auch angemerkt:

Auch diese Allgemeinverbindlichkeitserklärungen hat es schon vor Ihnen gegeben. Ilse Brusis und Harald Schartau lassen an dieser Stelle herzlich grüssen.

Alles im Übrigen nach zu lesen in der Aufstellung, die ich Ihnen bereits im Mai d.J. überreicht habe.

Bei allen guten Eigenschaften der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen: Abgesehen von einigen Verstreuten waren wir uns einig, dass an erster Stelle die Tarifautonomie steht.

Wir waren uns aber auch einig - Herr Minister - dass wir rückläufige Tarifvertragsabschlüsse und rückläufige Tarifbindungen haben.

Und deshalb dürfen und können wir nicht tatenlos zuschauen, wenn sich ganze Branchen durch Tarifflicht aus der Tarifbindung verabschieden, dass Wettbewerb auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird.

Hier scheinen wir einig zu sein, denn so interpretiere ich all Ihre Stellungnahmen und Interviews der jüngsten Vergangenheit.

Gerechte Löhne sind Ausdruck der Anerkennung guter Leistung. Lohndrückerei ist menschenunwürdig.

Anrede, wir alle sind verpflichtet auf: `Die Würde des Menschen ist unantastbar.`

Ist das mit dieser, Ihrer Politik noch vereinbar?

Wie peinlich waren doch im Mai d.J. in diesem Zusammenhang die Wortbeiträge der Kollegen Weisbrich und Brockes. Sich hier hinzustellen und darzulegen, dass wir keinen Mindestlohn bräuchten bzw. wir mit dem ALG II doch einen faktischen Mindestlohn hätten. Ja gar zu behaupten, dass jeder Mindestlohn, der oberhalb des ALG II-Niveaus läge, zwangsläufig Arbeitsplätze vernichte und Schwarzarbeit fördere.

Mit der in der vergangenen Woche vom Deutschen Bundestag beschlossenen Aufnahme des Post-Mindestlohns in das Entsendegesetz sind auch die Kritiker in der Union in Berlin mit beachtlicher Mehrheit einverstanden. Und die Bundeskanzlerin steht zum Post-Mindestlohn und die Aufnahme in das Entsendegesetz.

Wie auch der NRW-Arbeitsminister, wie auch die CDA und wie auch sicher - wenn auch schweigend - viele Kolleginnen und Kollegen in den Reihen der Union hier im Haus.

Das christliche Menschenbild - die christliche Soziallehre - dass, was Sie als Ihre Leitlinien gerne benennen, ist nicht der allzeit konkurrierende Mensch.

Vor gut 30 Jahren wäre kein Unionspolitiker auf die Idee gekommen, dass Hungerlöhne in die soziale Marktwirtschaft passen könnten.

Und man hätte damals sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Unternehmen, die mit Niedriglöhnen konkurrieren wollen, sich Tarifverhandlungen immer verschlossen haben.

Wie im Übrigen von Karl-Josef Laumann auch in seinem WDR2-Interview bestätigt: er sprach von PIN "...weil dieser Arbeitgeber ja auch dafür bekannt ist, dass er eigentlich überhaupt keine Tarifverträge will, denn er hat sich ja nie bemüht, einen Tarifabschluss mit ver.di hinzubekommen. Erst dann, als die Post einen Mindestlohn vereinbart hatte, haben sie ja überhaupt einen Arbeitgeberverband gegründet."

Und dieser Arbeitgeberverband - oder auch der Arbeitgeber selber - hat dann etwas bisher nie dagewesenes organisiert: Eine Demonstration von Beschäftigten - bezahlt natürlich - jetzt müssten eigentlich die Kollegen der FDP zumindest Empörung zeigen, dass machen sie doch immer so, wenn vor dem Landtag demonstriert wird, demonstriert für niedrigere Löhne!

Wie unmenschlich können Unternehmer sein, die ihren Arbeitnehmern eine Demonstration vergüten, um sich vor dem Brandenburger Tor für Dumpinglöhne auszusprechen.

Das Entsendegesetz mit dem Mindestlohn für Briefdienstleistungen muss kommen. Für die Menschen im Gewerbe, für einen fairen Wettbewerb ohne Lohndumping.

Herr Minister Laumann: In der Anmoderation im WDR 2 hieß es, sie hätten für den Mindestlohn bei Briefträgern gekämpft. Es hieß aber auch, er redet sich diesen Kompromiß mit der FDP schön.

Zeigen sie der überwältigenden Mehrheit der Menschen heute, dass dieser Kampf ein richtiger war. Stimmen sie mit ihren CDA-Kollegen dem Antrag zu.